

Landtag aktuell - Ausblick 2008



08. Januar - Pressekonferenz zu den Schwerpunkten der parlamentarischen Arbeit für 2008

Das Land braucht Lösungen, keine Losungen!



Politik brauche Symbole, erklärte der Ministerpräsident zum Jahreswechsel. Brandenburg werde immer handlungsfähiger und stärker, versprach er in seiner Neujahrsbot-

schaft. Und SPD-Fraktionschef Baaske legte nach: 2008 solle in Brandenburg zum Jahr der Kinder werden. Das Land aber braucht mehr als rhetorische Aufrüstung und neuerliche Ankündigungen. Lösungen statt Losungen! Das ist kein leeres Wortgeklänge. Seit langem liegen konkrete, finanzierbare Alternativen für mehr soziale Gerechtigkeit vor. Im abgelaufenen Jahr gab es für die SPD mehr Gelegenheiten als je zuvor, auf eine gerechtere und kinderfreundlichere Politik einzuschwenken. Jüngste Beispiele sind unsere Anträge für den Doppelhaushalt 2008/2009:

- **kostenloses Mittagessen für Kinder aus einkommensschwachen Familien**
- **elternbeitragsfreie Schülerbeförderung**
- **Gewährleistung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz spätestens ab 2009 für alle Kinder ab zwei Jahren**
- **die Einführung eines Sozialtickets**

Alle diese Anträge hat die Koalition abgelehnt. Auch beim Mindestlohn hat sich nichts bewegt. Und: Mit dem Doppelhaushalt 2008/09 hat sie sich bis zur Landtagswahl jeden finanziellen Spiel-

raum für eine bessere Politik genommen. Da ist es schon sehr erstaunlich, wenn man von SPD-Seite nun den Eindruck erweckt, man wolle oder könne jetzt neue politische Akzente setzen. Nötig aber sind sie tatsächlich. Denn entschlossenes und geschlossenes Vorgehen - aller demokratischen Kräfte ist auch und gerade angesichts der anhaltenden Herausforderung durch den Rechts-Extremismus - geboten. Und es kann nicht durch einseitiges parteipolitisches Vorpreschen, wie jetzt bei der SPD-Initiative, für eine Verfassungsänderung und in Sachen „Demokratie-Check“ ersetzt werden. Während der „Demokratie-Check“ trügerische Illusionen durch Lippenbekenntnisse rechtsradikaler Demokratie-Feinde erzeugen kann, ist eine Verfassungsänderung wie jüngst in Mecklenburg-Vorpommern durchaus zu begrüßen. Auch bei uns gelten, dass Störungen des friedlichen Zusammenlebens sowie die Verbreitung rassistischen und extremistischen Gedankenguts verfassungswidrig sind. Das aber muss aus dem demokratischen Geist der Gesellschaft erwachsen – über eine Volksinitiative wie in unserem Nachbarland. Dann wird auch die Demokratie gestärkt. Die wichtigen Aufgaben für mehr soziale Gerechtigkeit in Brandenburg liegen immer noch vor uns - DIE LINKE ist mit ihren Angeboten präsent.

Kerstin Kaiser,
Fraktionsvorsitzende

Öffentliche Auftragsvergabe: Fair statt prekär!

In Brandenburg werden jedes Jahr erhebliche Beträge für Aufträge und Dienstleistungen von der öffentlichen Hand vergeben. Das Land und auch die brandenburgischen Kommunen üben damit direkten Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg aus. Im Februar wird DIE LINKE erneut einen Antrag für ein Tariftreue- und Vergabegesetz in den Landtag einbringen. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition behindern seit Jahren die Verabschiedung entsprechender gesetzlicher Regelungen zur Einhaltung von Sozialstandards bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Das ist ein anhaltender Standortnachteil. Andere Bundesländer, so auch Berlin, haben die Chance ergriffen und ein Vergabe- bzw. Tariftreuegesetz verabschiedet. Das Bundesverfassungsgericht ist im Juni 2006 hinsichtlich des Berliner Vergabegesetzes zum Urteil gekommen, dass es höherrangige allgemein-politische Ziele gibt, die der Staat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verfolgen darf. Vor dem Hintergrund der bestehenden gesetzlichen Regelungen in Berlin fordert deshalb die Linksfraktion als einen ersten Schritt die Einführung eines Mindestentgeltes von 7,50 € je Stunde bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Dieses Entgelt ist ein Einstieg für eine existenzsichernde Lohnuntergrenze und soll in einem zweiten Schritt auf 8,00 € erhöht werden. Damit wären gleiche Ausgangsbedingungen für alle Unternehmen im Wirtschafts- und Sozialraum Berlin-Brandenburg gewährleistet. Wettbewerbsneutralität würde befördert und Lohndumping könnte verhindert werden.

Das sind gute Gründe, um auch in Brandenburg endlich gesetzliche Regelungen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen zu schaffen.

Ralf Christoffers,
wirtschaftspolitischer Sprecher
und Christian Görke,
arbeitsmarktpolitischer Sprecher

Personalvertretungen für Lehrkräfte stärken

DIE LINKE wird im Februar eine Normenkontrollklage beim Landesverfassungsgericht einreichen, um gerichtlich prüfen zu lassen, inwieweit das neue Schulgesetz und das geltende Personalvertretungsrecht noch miteinander vereinbar sind. Da ein entsprechender Antrag der Fraktion im Frühjahr 2007 vom Landtag abgelehnt wurde und die politischen Mittel damit ausgereizt sind, sieht sich die Fraktion veranlasst, eine Klärung des Problems gerichtlich herbeizuführen. Bisher gibt es an den Schulen lediglich Lehrerräte mit sehr verschwommenen Rechten und Pflichten, Personalräte existieren nur auf der Ebene der staatlichen Schulämter sowie der Hauptpersonalrat auf Landesebene.

Da die 16. Schulgesetznovelle die Aufgaben und Kompetenzen der Schulleiter erheblich ausgeweitet und die Landesregierung das bisherige Modellprojekt „Selbständigkeit von Schule“ ab dem Schuljahr 2007/08 auf alle Oberstufenzentren des Landes ausgedehnt hat, werden die Schulleiter immer mehr zu Dienstvorgesetzten der Lehrkräfte und die Schule wird für die Lehrkräfte entsprechend zur Dienststelle. Das erfordert aus Sicht der LINKEN andere personalrechtliche Regelungen als sie gegenwärtig durch das Landespersonalvertretungsgesetz erfolgen.

*Gerrit Große,
bildungspolitische Sprecherin*

Sozialticket ist Bürgerwille

Das Sozialticket für Brandenburg, welches mehr als 33.000 Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer Volksinitiative fordern, hat erfolgreich Einzug in den Landtag gefunden. Die Vertreter der Regierungsfractionen im Infrastruktur-Ausschuss haben aber bereits im Dezember dem Ansinnen eine Absage erteilt. Und das, obwohl die Gewerkschaften, Vereine, Verbände und Parteien, die die Volksinitiative tragen, in einer Anhörung vor dem Ausschuss sehr engagiert und entschlossen ihre Positionen vertreten hatten. Sie blieben, außer bei den LINKEN, ungehört. Dennoch gibt es noch eine Chance: am 16. Januar berät der Sozialausschuss über das Sozialticket, bevor es am 24./25. Januar im Parlament zur Abstimmung steht.

Wir erwarten, dass sich die Kollegen der SPD-Fraktion an ihr soziales Gewissen erinnern und nun für ein Sozialticket

stimmen werden. Denn wir schlagen ihnen Finanzierungsmöglichkeiten vor, die den gerade beschlossenen Landeshaushalt nicht belasten: mehr als 6 Mio. Euro werden auf Grund der Bahnstreiks nicht an die DB AG gezahlt, das Land erhält zusätzlich 9 Mio. Euro aus dem so genannten „SED-Vermögen“ zur freien Verfügung und das Land fordert von der DB AG in Millionenhöhe Fördermittel zurück wegen Fehleinsatzes. Das sind Gelder, die für die sozial benachteiligten Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt werden sollten. Ein Sozialticket in Brandenburg bedeutet soziale Gerechtigkeit im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg und Chancengleichheit in allen Kreisen und Städten des Landes.

*Anita Tack,
verkehrspolitische Sprecherin*

Diätenerhöhung für Synagoge gespendet

Mit 1.500 Euro unterstützt die Linksfraktion den Bau der neuen Synagoge in Potsdam. Die Abgeordneten der Fraktion werden dafür ihre erste Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung in Höhe von rund 50 Euro spenden.

2011 sollen die jüdischen Gemeinden im Land Brandenburg wieder eine neue Synagoge bekommen. Geplanter Standort ist die Potsdamer Schloßstraße Nr. 1. Die sieben orthodox geprägten Gemein-

den in Brandenburg haben nach eigenen Angaben ca. 1.400 Mitglieder. Auf der Internetseite des Bauverein Neue Synagoge Potsdam e.V. finden sich neben der Entwurfsskizze für den Neubau auch eine Chronik über jüdisches Leben in Potsdam und aktuelle Zeitungsmeldungen zum Projekt der Potsdamer Synagoge.

*Christian Görke,
Parlamentarischer Geschäftsführer*

Haushalt 2008/09 beschlossen - DIE LINKE fragt



Wussten Sie schon, dass ...

- ... für die Vorschläge der Linksfraktion zum Doppelhaushalt 2008/2009, z.B. kostenfreies Mittagessen in Kitas und Grundschulen, die Verstärkung der Jugend- und Schulsozialarbeit, die Einführung eines Sozialtickets, eine kostenlose Schülerbeförderung etc. nur etwa 32 Mio. Euro pro Jahr der Steuermehreinnahmen erforderlich waren? Zum Vergleich: allein die Steuermehreinnahmen für das Jahr 2007 betragen 542 Mio. EUR!
- ... ca. 70 000 Brandenburger Kinder und Jugendliche von Hartz-IV-Leistungen leben müssen? Mit einem Landeszuschuss von 1 € pro Tag und Kind könnten die Kinder, die Kitas und Grundschulen besuchen, dort täglich ein warmes Mittagessen erhalten. Die Gesamtkosten von 10 Mio. Euro entsprechen 0,1 Prozent des jährlichen Haushaltsvolumens.
- ... über 100.000 Schüler jeden Tag in Brandenburg mit dem Öffentlichen Personennahverkehr zur Schule fahren? Durch die immer fortschreitenden Schulschließungen werden die Wege der Kinder immer weiter, im schlimmsten Fall kann so eine Fahrt sogar bis zwei Stunden dauern. Während dieser Zeit sind die Kinder den Risiken des Straßenverkehrs ausgesetzt, denn es gibt weder einen Sitzplatz für jedes Kind, noch Sicherheitsgurte in den Schulbussen. Zum Vergleich: bereits seit April 2004 gibt es eine Gurtpflicht in Reisebussen! 4.000 € pro Bus wären dafür notwendig! Die Ausgaben für den Fahrzeugdienst der Landesregierung betragen: pro Jahr über 4 Mio. €.